

DIE LINKE. Sachsen

Landesvorstand

Niederschrift der Klausur des Landesvorstandes am 17. – 19. Januar 2014

Teil 3: 19. Januar 2014

Ort: Akademiehôtel Dresden

Anwesende Mitglieder:

Fabian Blunck, Sarah Buddeberg, Cornelia Falken, Antje Feiks, Rico Gebhardt, Stefan Hartmann, Jayne-Ann Igel, René Jalaß, Susanna Karawanskij, Heiko Kosel, Silvio Lang, Tilman Loos, Verena Meiwald, Sabine Pester, Heinz Pingel, Kevin Reißig, Efstathios Soudias, Michaela Vogel,

Entschuldigte Mitglieder:

Claudia Jobst, Heiko Rosenthal, Dagmar Weidauer, Juliana Zybul

Gäste/Mitarbeiter:

Luise Neuhaus-Wartenberg (Sprecherin Landesrat), Lars Kleba (Wahlkampfmanager)

Niederschrift:

Juliana Schielke / Doreen Marz-Schäffner

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Protokolle zur Information:

Drucksachen:

Tagesordnung

DS 4 – 080 Kostenübernahme von Wahlkampfausgaben

DS 4 – 088 Bericht Jugendverband linksjugend ['solid] Sachsen

DS 4 – 107 Umgang mit Anträgen des Landesverbandes beim Bundesparteitag

DS 4 – 108 Änderungsanträge an Entwurf Europawahlprogramm zum Bundesparteitag

DS 4 – 109 Einberufung der Kreiswahlversammlung in Vorbereitung der Landtagswahl 2014 in der kreisfreien Stadt Dresden - Wahlkreise 41, 42, 43,44, 45, 46 und 47

DS 4 – 110 Einberufung der Kreiswahlversammlung in Vorbereitung der Landtagswahl 2014 im Kreis Bautzen – Wahlkreise 52,53, 54, 55 und 56

DS 4 – 111 Einberufung der Kreiswahlversammlung in Vorbereitung der Landtagswahl 2014 im Kreis Leipzig Land – Wahlkreise 23, 24, 25 und 26 (DirektkandidatInnen)

DS 4 – 112 Einberufung der Kreiswahlversammlung in Vorbereitung der Landtagswahl 2014 im Kreis Leipzig Land – Wahlkreise 23, 24, 25 und 26 (VertreterInnen für LVV)

DS 4 – 114 Ablauf der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand am 8. Februar 2014

DS 4 – 116 Einberufung der Kreiswahlversammlung in Vorbereitung der Landtagswahl 2014 im Kreis Görlitz – Wahlkreise 57,58, 59 und 60

DS 4 – 119 Landesweite Zusammenschlüsse in und bei der LINKEN Sachsen - Jahresübersicht

Tagesordnung:

09:00 – 09:30 Uhr	1. Behandlung des Antrages von Mike Nagler zur Kostenerstattung	DS 4 – 080	Bereits erledigt
09:30 – 10:00 Uhr	2. Ggf. Einberufung von Kreiswahlversammlungen	DS 4 109 / 4 110 / 4 111 / 4 112 / 4	Bereits erledigt

		116	
10:00 – 10:30 Uhr	3. Bericht des Jugendverbandes	DS 4-088	
10:30 – 10:45 Uhr	4. Übersicht über die Landesweiten Zusammenschlüsse innerhalb der LINKEN Sachsen	DS 4-119	
10:45 – 11:00 Uhr	5. Information aus der Landtagsfraktion zur Normenkontrollklage „Freie Schulen“		Bereits erledigt
11:00 – 12:30 Uhr	6. Vorbereitung Europaparteitag – Beschlussfassung zu Änderungsanträgen an den Bundesparteitag und Verständigung zur Europaliste	DS 4-107 / 4-108	
12:30 – 13:30 Uhr	Mittagspause		
13:30 – 14:30 Uhr	Weiter im Tagesordnungspunkt 6		
14:30 – 15:00 Uhr	7. Informationen über den Stand zu den Kandidaturen Finanzbeirat, der am 8. Februar neu gewählt wird; ggf. Absprachen zu notwendigen Schritten		
15:00 – 15:30 Uhr	8. Information zur Beschlussfassung des gf LaVo in Absprache mit den SprecherInnen des Landesrates zum Ablauf der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand am 8. Februar 2014	DS 4 - 114	

Sonntag, 19. Januar 2014

TOP 3 – Bericht des Jugendverbandes (DS 4-088)

- Es gibt eine Vorbereitung der von der Linksjugend nominierten Landtagskandidat/innen.
- Anhand des Wahlprogramms der Linksjugend im Vergleich mit dem Programm der Partei wird es auf dem Landesparteitag einige Änderungsanträge geben.
- Das Pfingstcamp entwickelt sich positiv. ¼ der Teilnehmer/innen kommen nicht aus Sachsen.
- Die Zahlen zur Mitgliederentwicklung (auch wenn sie positiv aussehen) sind in Bezug auf die reale Arbeitsfähigkeit nicht wirklich aussagefähig.

Aus der Diskussion:

- Das Programm eines Jugendwahlprogramms hat auch noch ganz andere Aufgaben. Es ist auch eigenständig und kann auch etwas radikaler sein.
- Die Diskussion um Polizeikennzeichnung oder Wahlalter ab 0 ist nicht per se wegen der Radikalität von der Linksjugend beschlossen worden, sondern weil es inhaltlich für richtig gehalten wird.
- Das Potential des Pfingstcamps in Bezug auf den Austausch mit Tschechien könnte genutzt werden.
- Ist der besprochene, tschechische Jugendverband politisch? Wenn ja, ist eine Verknüpfung sinnvoll. Wenn nicht, dann ist das nicht notwendig.

- Ein Camp ist nicht dann international, wenn 3 Leute mit Migrationshintergrund 'rumgereicht' werden. Man kann durchaus eine internationale Veranstaltung durchführen, aber dann müsste man anders agieren.
- Das Camp ist weniger wie ein Pressefest in Paris oder Portugal angelegt, sondern hat eher den Charakter eines Treffens.
- Internationaler Austausch ist aufwändiger; es muss jemanden geben, der sich darum kümmert und entsprechend plant. Das einfache „Einladung aussprechen“ reicht nicht aus. Es muss einen Prozess geben (vorher ein Austausch geben; was sind unterschiedliche Ansichten und warum; Moderation).
- Die Jugend der KSCM tickt nicht zwangsläufig wie die KSCM. Auch wenn die Protagonisten der KSCM manchmal etwas anstrengend sind, ist das kein Grund, nicht mit dem Jugendverband zusammenzuarbeiten.
- Das generelle Problem der aktuellen Diskussion ist, dass es alles spekulativen Charakters ist.
- Ist der internationale Austausch des sächsischen Jugendverbandes im Dreiländereck als Aufgabe beim BR berücksichtigt?
- Der Anspruch Übersetzung bei einem Camp besteht nicht. Wenn man z.B. zu einem Kongress geht, der in Englisch abgehalten wird, müssen die Leute Englisch lernen, um einander zu verstehen.
- Bei anderen internationalen Treffen in Paris und Lissabon gibt es bei den jungen Leuten keine Probleme. Warum soll es Berührungspunkte zu osteuropäischen Linken geben?
- Wenn man sagt, dass einem dieser Austausch wichtig ist, benötigt man Leute die sich ausschließlich darum kümmern. Diese Aufgaben kann das Pfingstcampplenum einfach nicht leisten.
- Es ist sehr spannend zu sehen, dass viele Leute im Landesvorstand Interesse haben, dass es internationalen Austausch gibt. Allerdings gibt es nur sehr wenig personelle Ressourcen (Jugend/Partei), die solche Aufgaben übernehmen. Außer Heiko, der sich wirklich für das Thema einsetzt, gibt es in dieser Runde kaum jemand, der wirklich umsetzt. Woher die Ressourcen nehmen?
- Es gibt beim Jugendverband größeres Interesse an Osteuropa (Homophobie in Russland, etc.) und an Südeuropa (aufkommender Faschismus in Griechenland).
- Die Linksjugend hat an Osteuropa und z.B. dem Thema Wirtschaft Interesse; das heißt nicht, dass es alleinige Aufgabe der Jugend ist, diese Themen (vorrangig) zu bedienen.
- Die Tatsache, dass osteuropäische Freunde ggf. andere Ansichten haben, ist eine berechnete oder unberechnete Spekulation, sollte aber nicht zu einer Verhinderung eines Dialogs führen.
- Man sollte sich hier in die Situation der Tschech/innen reindenken: Man stelle sich vor, dass die Tschech/innen jedes Jahr nach Sachsen kommen, eine größere, offene Veranstaltung durchführen und sie dazu nicht eingeladen werden.
- Der Jugendverband ist sehr wohl partei- und strukturell unabhängig. Wenn man aber in die Gesellschaft hineinwirken möchte, könnte man auch einen (nicht-politischen) tschechischen Jugendverband einladen.

- In welchen Kreisen sind neue Strukturen im Entstehen?
- Das schwierigste im ländlichen Raum sind die Entfernungen und Generationswechsel.
- Es gab ein Regionaljugendplenum Bautzen/Görlitz. Im Erzgebirge wird eine lebendige Struktur aufgebaut. Westsachsen, Nordwestsachsen und Meißen haben das Magnetproblem Leipzig, bzw. sind in der Partei sehr gut verankert (was bei der Jugend Ressourcen abzieht).

- Die Diskussion entspricht nicht unserem Selbstverständnis. Die Linksjugend hatte den Auftrag, hier zu berichten und Fragen beantworten. Diese Diskussion über internationalen Austausch der Linksjugend liegt nicht im Kompetenzbereich der Partei.
- es reicht nicht das Ansinnen immer wieder als solches zu benennen, sondern es bedarf eines Konzeptes; dabei sind diejenigen in Verantwortung die das Politikfeld betreuen; es bedarf langfristigen Vorlaufes

TOP 4 - Übersicht über die Landesweiten Zusammenschlüsse innerhalb der LINKEN Sachsen (DS 4-119)

- Die Vorlage zeigt die Zusammenschlüsse im Landesverband. Einige erreichen nicht den Status des landesweiten Zusammenschlusses; gemäß Landessatzung
- Es gibt eine Sondervereinbarung mit dem Zusammenschluss der Kommunistischen Plattform, dass die personenbezogenen Daten der Genoss/innen nicht im Mitgliederprogramm hinterlegt sind, sondern für die Landesgeschäftsführung zur Einsicht vorliegen. Dies wurde so vereinbart, da die KPF vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Aus der Diskussion:

- Wie sieht das mit den Inaktiven aus?
→ Es gibt keine Überprüfungsmöglichkeiten, wie aktiv die einzelnen Genoss/innen bzw. Landesweiten Zusammenschlüsse sind.
- Die Satzungskommission könnte das Thema berücksichtigen. Außerdem könnte ein Verfallsdatum für Landesweite Zusammenschlüsse geben.
- Passiert es noch, dass die Landesweiten Zusammenschlüsse beim Landesvorstand eingeladen werden bzw. berichten?
- Das sollte weiter stattfinden, allerdings auf freiwilliger Basis; geht nach Landtagswahlen wieder los
- Das Mann-Frau-Verhältnis bei den Landesweiten Zusammenschlüssen ist unter den Sympathisant/innen nahezu ausgeglichen, bei den Mitgliedern gibt es einen stärkeren Hang zu Männern.
- Die Landesgeschäftsführerin wird gebeten, die Satzungskommission zu bitten, sich mit der Anerkennung von Landesweiten Zusammenschlüssen zu befassen.

TOP 6 – Vorbereitung Europaparteitag – Beschlussfassung zu Änderungsanträgen an den Bundesparteitag und Verständigung zur Europaliste (DS 4-107 / 4-108)

- Es gibt einen Listenvorschlag des Bundesausschusses für die Europawahl, der in einem Punkt sogar nach 3-maliger Stichwahl mit Losverfahren entschieden wurde.
- Der Bundesausschuss ist nicht entsprechend der Verankerung der Partei zusammengesetzt.
- Der Bundesausschuss hat ein Vorschlagsrecht, allerdings wird beim Europaparteitag im Einzelwahlverfahren gewählt.
- Außerdem gibt es Diskussionen um einen Satz in der Präambel: „Die EU ist eine neoliberale, militaristische und weithin undemokratische Macht.“
- Es gibt einen Änderungsantrag auf Streichung eines Antrags u.a. von Caren Lay und Axel Troost. Der Landesvorstand wird gebeten, sich dem Antrag anzuschließen → Umlaufverfahren
- Rico wird den Antrag und den Vorschlag für eine neue Präambel über den E-Mail-Verteiler schicken und jede/r kann diesen unterstützen oder nicht.
- Bei DS 4-107 geht es darum, ein Verfahren zu finden, wie wir Anträge einbringen. Das Problem ist, dass Gremien, die einen Antrag einbringen, nicht beraten können, wenn es z.B. Kompromisse oder Teilübernahmen geben sollte. Es wäre daher sinnvoll, wenn von dem antragsstellenden Gremium zwei Personen bestimmt werden, die für die Anträge verantwortlich sind und im Geist des Antrags agieren können.

Abstimmung: einvernehmlich beschlossen

DS 4 – 108:

Antrag I:

- Erste Priorität sollte auf Streichung liegen; zweite Priorität sollte auf Änderung stehen.
- Der vorliegende Änderungsantrag ist inhaltlich zu beanstanden.
→ Wenn etwas inhaltlich fehlt, kann jede/r einen weiteren Änderungsantrag schreiben. Konkret geht es hier um diesen Änderungsantrag oder die Original-Textpassage, welche Finanzmarkt-Machteingriffe auf die EU-Kommission auch nicht beinhaltet.
- Das „wieder“ in Bezug auf eine europäische Friedenshoffnung ist ein Problem. Wann war die EU das schon mal?
- Mit der Montan-Union gab es eine Vision eines friedlichen Europas.

Abstimmung: bei 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

Vertreter/in: Stefan Hartmann, Tilman Loos

Antrag II:

Abstimmung: bei 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen

Vertreter/in: Stefan Hartmann, Tilman Loos

Antrag III:

- Korrektur: „ohne“ ergänzen
- Der Antrag ist richtig, da er Einkommen und Erwerb unterscheidet.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Vertreter/in: Stefan Hartmann, Tilman Loos

Antrag IV:

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Vertreter/in: Stefan Hartmann, Tilman Loos

Antrag V:

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Vertreter/in: Stefan Hartmann, Tilman Loos

Antrag VI:

- bei 4 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

Antrag VII:

- Änderung in „Löhne und Gehälter werden gedrückt...“
- mit Änderung einstimmig beschlossen

Antrag VIII:

- bei einer Stimmenthaltung mehrheitlich beschlossen

Antrag IX:

- Abstimmungsergebnis: 11/0/7 → mehrheitlich beschlossen

Antrag X:

- bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

Antrag XI:

- Abstimmungsergebnis: 11/4/2 → mehrheitlich beschlossen

Antrag XII:

- wie Antrag IX → mehrheitlich beschlossen

Antrag XIII:

- einvernehmlich beschlossen

Antrag XIV:

- der Antrag wurde zurückgezogen

Antrag XV:

- Änderung in Satz 2: „Viele von ihnen sehen...“
- bei 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

Antrag XVI:

- Abstimmungsergebnis: 3/10/5 → mehrheitlich abgelehnt
- VA: Tilman Loos und Stefan Hartmann

Antrag XVII:

- Streichung von „tatsächlich“
- mit der Änderung einstimmig beschlossen

Antrag XIIX:

- Abstimmungsergebnis: 4/6/5 → mehrheitlich abgelehnt

Antrag XIX:

- einvernehmlich beschlossen

Antrag XX:

- einvernehmlich beschlossen

Antrag XXI:

- Abstimmungsergebnis: 2/9/5 → mehrheitlich abgelehnt

Antrag XXII:

- Kompromissvorschlag: Polizeiausbildung streichen
- vom Antragsteller nach Absprache und Zuarbeit von Tilman geändert (siehe B 4 108 ÄÄ)
- Abstimmungsergebnis mit der Änderung: 9/1/3 → mehrheitlich beschlossen

Antrag XXIII:

- bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen

Antrag XXIV:

- bei 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

Antrag XXV:

- eine Ergänzung nach Absprache und Zuarbeit von Tilman (siehe B 4 108 ÄÄ)
- mit Änderung bei 4 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

Antrag XXVI:

- bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen

Antrag XXVII:

- wurde vom Antragsteller zurückgezogen

Antrag XXVIII:

- einstimmig beschlossen

- Verantwortliche für die Anträge zum Teil Demokratie: Tilman Loos und Stefan Hartmann
- Verantwortliche für die Anträge zum Teil Frieden: Tilman Loos und Stefan Hartmann

TOP 7 – Informationen über den Stand zu den Kandidaturen Finanzbeirat, der am 8. Februar neu gewählt wird; ggf. Absprachen zu notwendigen SchrittenHeinz Pingel:

- Die bisherige Vorsitzende des Finanzbeirates, Angela Hähnel, hat erklärt, nicht wieder zu kandidieren. Auch Daniel Knorr wird nicht wieder kandidieren.
- Es gibt bisher nur 3 KandidatInnen, die wieder kandidieren werden.
- Über mehrere Verteiler wurde für Kandidierende geworben.

aus der Diskussion:

- Es hängt sehr viel Arbeit und Zeit dran; es ist wohl nicht die attraktivste Möglichkeit, sich in der Partei einzubringen.
- Der Landesschatzmeister wird gebeten, direkt Personen anzusprechen.

TOP 8 – Information zur Beschlussfassung des gf LaVo in Absprache mit den SprecherInnen des Landesrates zum Ablauf der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand am 8. Februar 2014 (DS 4 – 114)

DS 4 – 114:

- ist mit dem Geschäftsführenden Landesvorstand, den SprecherInnen des Landesrates und den Verantwortlichen der LAG Kultur abgestimmt
- Die Delegiertenvorbesprechung zum Bundesparteitag findet nun am 12.02. ab 17 Uhr statt.
- Besetzung der Podiumsdiskussion nicht quotiert; Anne Klepsch nimmt zusätzlich am Podium teil
- Es wird beantragt, den TOP 2 extra abzustimmen, weil dem nicht zugestimmt werden kann.
- Der LAG wurde viel Raum eingeräumt, diesen TOP vorzubereiten. Die Zusammenstellung ist aufgrund externer Zusagen schwer zu quotieren. Es ist schwierig, diesen externen Leuten wieder abzusagen. Der Auftrag wurde von der LAG nach bestem Wissen und Gewissen ausgeführt. Unser Anspruch der Quotierung entspricht nicht unbedingt der Realität draußen.
- Wenn es unser Anspruch ist, zu quotieren, sollten wir das auch bei externen Gästen durchziehen.
- Wir sollten mit der Einsicht der betreffenden, externen Personen rechnen – das wird für schwierig gehalten.
- Der Kulturraum ist zu großen Teil männlich besetzt.
- Generell sollten wir die Quotierung einhalten, aber wenn wir Personen außerhalb der Partei für solche Veranstaltungen gewinnen können, müssen wir uns an die Gegebenheiten anpassen.
- Es muss kein Beschluss gefasst werden, denn der Gf. Landesvorstand und die SprecherInnen des Landesrates bereiten den sogenannten „Kleinen Parteitag“ vor.
- Es deckt sich nicht mit unserer Beschlusslage; dann sollte beantragt werden, dass unsere Beschlusslage für solche externen Fälle entschärft wird.
- Wir sollten langfristig überlegen, wie wir mit solchen Situationen umgehen und nicht erst dann, wenn es für die betreffende Situation schon zu spät ist. Immer Diskussionen, wenn es zu spät ist. Natürlich können wir explizit Frauen anfragen und von den jeweiligen Organisationen erwarten, Frauen dafür zu schicken.
- Es wird vorgeschlagen, Volker Külow durch Jayne-Ann Igel zu ersetzen; die Leitlinien sind das Werk einer Arbeitsgruppe und nicht nur dem jeweiligen Sprecher für diesen Bereich.
- Vorschlag: Jayne-Ann Igel zusätzlich mit ins Podium zu setzen.

eingeschoben – Nachberufung Grundsatzkommission

- Jenny Mittrach und Theresia Guld sollen in die Grundsatzkommission berufen werden.
- Jenny ist bereits berufen worden; das wird geprüft → Prüfung: mit B 4 – 065 bereits berufen
- Es fehlt noch eine Frau für die Sicherstellung der Mindestquotierung.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich beschlossen

f.d.R.

Dresden, 4. Februar 2014



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin